



MONEY MATTERS

wirtschafts- und
haushaltspolitischen
Themen aus Europa



MM #30

Analyse des Draghi-Reports

Themenübersicht:

[Übersicht](#)

[Kapitalmarktunion](#)

[Steuerpolitik](#)

[Wettbewerbsrecht](#)

[Reform der IPCEIs \(Important Project of Common European Interest\)](#)

[Der Bericht aus EU-haushalterischer Sicht](#)

[Bewertung aus EU-Haushalterischer Sicht](#)

Am Montagmorgen hat Mario Draghi, ehemaliger EZB-Präsident und ehemaliger Staatschef Italiens, der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen seinen Bericht "The Future of European Competitiveness" überreicht.

Vor einem Jahr war er von der EU-Kommission mit einer Analyse der Wettbewerbsfähigkeit der EU und der Darstellung daraus resultierender politischer Impulse beauftragt worden.

Der Bericht enthält neben einigem Licht – die Anerkennung des immensen privaten und öffentlichen Investitionsbedarfs, zum Beispiel mit der Andeutung, diese auch über gemeinsame europäische Anleihen zu finanzieren oder die Beschränkung der Spekulation auf den Energiemärkten – leider auch Schattenseiten: die Schwächung der Eigenkapitalanforderungen für

Banken oder die Revitalisierung des Verbriefungsmarktes – dem Haupttreiber der Finanzkrise 2008.

Draghis Bericht wird wegweisend für die neue EU-Kommission sein, und deshalb sollten sich alle Menschen mit Interesse an Finanz- und Wirtschaftsthemen mit seinem Bericht auseinandersetzen.

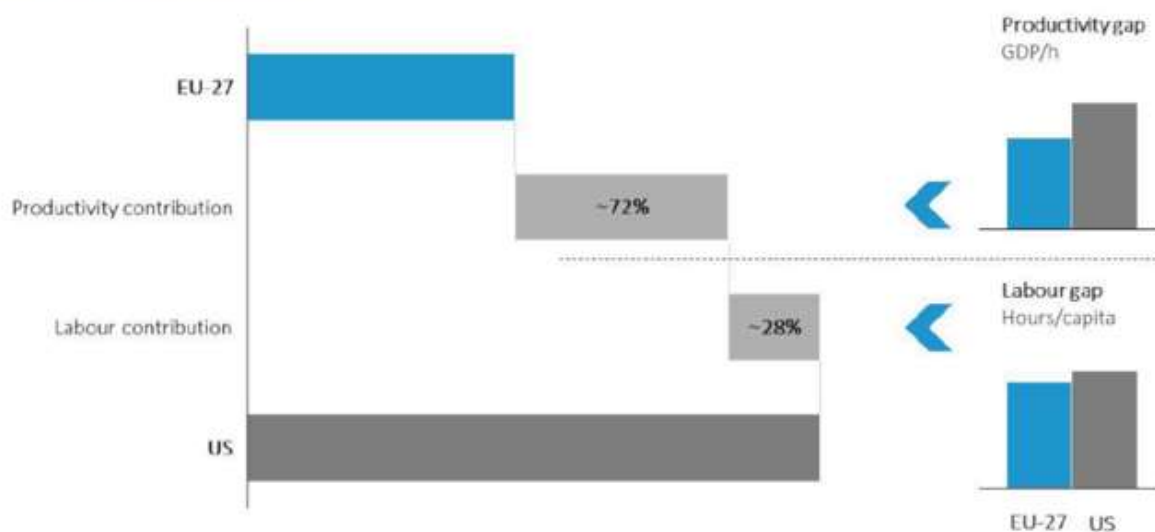
In diesem "Money Matters" möchte ich für euch einen genaueren Blick in Draghis Analyse werfen und eine Bewertung seiner Vorschläge vornehmen.

Die zentrale Grafik von Draghis Analyse findet sich direkt zu Beginn, auf Seite 9. Sie zeigt die Produktivitätslücke zwischen den USA und der Europäischen Union, die maßgeblich für das schwächere Wachstum der EU verantwortlich ist.

FIGURE 4

GDP per capita gap

GDP per capita, 2023, constant PPP prices (EUR)



Source: AMECO, 2024.

Diese Lücke will Draghi schließen, indem er die Voraussetzungen für mehr Innovation in der EU schaffen möchte, um damit mehr Wachstum zu generieren. Koordinierte Marktwirtschaften, zu denen alle Volkswirtschaften der EU gezählt werden können, haben genau auf diesem Feld Nachteile gegenüber liberalen Marktwirtschaften wie den USA, weil sie eher auf inkrementelle Verbesserungen bestehender Produkte oder Verfahren spezialisiert sind und nicht auf disruptive Innovationen. Hier besteht tatsächlich Aufholbedarf in der EU, zumal in Zeiten multipler Transformationen unserer Wirtschaft (Energiesektor, Verkehr, Digitalisierung etc.).

Alles in allem sieht Draghi allein im Kernbereich der Innovationsförderung einen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Investitionsbedarf in der Union von 750-800 Mrd. Euro, was 4,4-4,7 % des EU-BIP entspricht. Er betont dabei, dass sich diese Investitionen langfristig deutlich auszahlen und damit die kurz- und mittelfristige Belastung der öffentlichen Haushalte rechtfertigen. Entsprechend dem aktuellen Modell des Corona-Hilfsprogramms "Next Generation EU" könnte eine Finanzierung des öffentlichen Investitionsbedarfs in den Bereichen Sicherheit und EU-Wettbewerbsfähigkeit über gemeinsame Schulden erfolgen. Das würde allerdings bedeuten, dass die nationalen Haushalte disziplinierter aufgestellt werden müssten. Das Europäische Semester, das die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten koordiniert, soll nach dem Vorschlag Draghis reformiert werden und sich auf die Fiskalpolitik beschränken, während ein neu zu schaffendes "Competitiveness Coordination Framework" die anderen Wirtschaftspolitikbereiche aus Sicht der Kommission abstimmen soll.

Im ersten Jahr sollten dies 1) Innovation, 2) Energie, 3) Bildung und Kompetenzen, 4)

Digitalisierung und 5) Verteidigung sein.

Draghis Forderung nach gemeinsamer Finanzierung des Investitionsbedarfs über Schulden bleibt nebulös. Das ist schade, weil konkretere, nachvollziehbare Forderungen es den Gegnern schuldenfinanzierter Investitionen, wie der deutschen oder niederländischen Regierung, schwerer gemacht hätten, diese pauschal abzulehnen. Die ökonomisch positive Wirkung öffentlicher Investitionen würde darüber hinaus auch geschwächt, wenn an anderen Stellen gegebenenfalls substantielle Einschnitte in den öffentlichen Finanzen notwendig würden.

Banken- und Kapitalmarktunion

Im Bereich Banken- und Kapitalmarktunion hat Mario Draghi einige aus meiner Sicht hoch problematische Vorschläge unterbreitet. So will er für Banken, die grenzüberschreitend substantielle Projekte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU finanzieren, ein eigenes, abgeschwächtes Überwachungsregime und Einlagensicherungssystem installieren – eine krasse Ungleichbehandlung innerhalb des Bankensystems. Die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion – ein Ziel, das Ursula von der Leyen explizit in ihrem neuen Mandat aufgreifen will – adressiert Draghi mit einigen sinnvollen Vorschlägen, aber ebenso mit Ideen, die nach unseren GRÜNEN Vorstellungen überhaupt nicht gehen. Sind die Harmonisierung des Insolvenzrechts (bei aller Schwierigkeit durch unterschiedliche Rechtssysteme, Wirtschaftsstrukturen und nationale politische Interessen), der Ausbau der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA oder die Zentralisierung von Abrechnung und Abwicklung von Wertpapiergeschäften noch sinnvolle Ziele, kann man über Draghis Pläne, die Eigenkapitalanforderungen von Banken abzusenken, die Revitalisierung des nach der Finanzkrise 2008ff. zurecht streng regulierten Verbriefungsmarktes oder einer Art europäischer Riester-Rente zur Förderung von mehr privatem Kapital auf den Finanzmärkten nur den Kopf schütteln.

Einzig im Bereich der Spekulation auf den Energiemärkten wartet Draghi mit sinnvollen Vorschlägen auf, indem er die Kooperation der betroffenen Aufsichtsbehörden ESMA und ACER verbessern und das Positionslimitsystem (maximale Anzahl von Transaktionen, die ein Händler auf einem bestimmten Markt durchführen kann) überarbeiten will, um besser zwischen unterschiedlichen Händlern differenzieren zu können und gegebenenfalls Transaktionen zu limitieren.

Steuern

Das Thema Steuern ist in der Europäischen Union ein Dauerbrenner – liegt es doch in der hauptsächlichen Kompetenz der Mitgliedstaaten. Um hier Veränderungen anzustreben, braucht es die Einstimmigkeit aller Regierungen im Europäischen Rat. Diese ist aber extrem schwer zu erreichen, und viele, viele gute und sinnvolle Vorstöße sind bereits an dieser Hürde gescheitert. Mario Draghi will dieses Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen überwinden und mehr Entscheidungen durch qualifizierte Mehrheiten (mindestens 55 % der Mitgliedstaaten mit mindestens 65 % der Bevölkerung) im Rat durchsetzen. Das ist eine wirklich gute Idee, die ich sehr unterstütze. Ebenso wie Draghis Vorstoß, bei der Harmonisierung in Steuerfragen einige Länder in einer vertieften Zusammenarbeit auch innerhalb der Union vorangehen zu lassen. Hier müssen Wege gefunden werden, aus dem Entwicklungsstillstand der Union auszubrechen. Die Steuer-Ideen des ehemaligen italienischen Staatschefs sind allerdings recht unkreativ und lassen sich mit „viele Steuererleichterungen ohne Gegenfinanzierungs-Vorschläge“ zusammenfassen. Er wünscht sich Steuersenkungen für Energie, Anreize und Steuer-Gutschriften nach US-Vorbild im IRA und verzögert fällige Kapitalertragsteuern, wenn die Erträge reinvestiert werden – aber auch Einkommensteuer-Senkungen für Geringverdienende und mittlere Einkommensgruppen.

Wettbewerbsrecht

Fusionen von Unternehmen sind alltäglicher Teil der Wirtschaft. Sie sollen meist die Marktmacht des jeweiligen Unternehmens stärken und werden häufig damit begründet, nur mit einer gewissen Größe am Markt bestehen zu können. Allerdings können Fusionen auch den Wettbewerb innerhalb eines Marktes hemmen, wenn sich zum Beispiel nur noch wenige Player Marktanteile teilen und weniger innovative Oligopole entstehen. Draghi schlägt nun vor, auch in solchen Fällen bestimmte Fusionen zu genehmigen. Er begründet das mit der Notwendigkeit, Ressourcen zu bündeln, um auf globaler Ebene wettbewerbsfähig zu sein. Ein bisschen so wie der scheidende Binnenmarktkommissar Thierry Breton, der in seiner Amtszeit "European Champions", also europäische Markt-Schergewichte, schaffen wollte. Im Gegensatz zu Breton, für den nur die Größe zählte, fordert Mario Draghi die fusionierenden Parteien allerdings auf, sich zu zusätzlichen Investitionen in die Innovationskraft zu verpflichten, die nachträglich auch überwacht werden sollen.

Aus meiner Sicht sollte die Fusionskontrollverordnung (Merger Regulation) insgesamt überprüft werden, um auch bereits erteilte Genehmigungen zu Fusionen im Fall von im Nachhinein auftretenden Beeinträchtigungen der Marktfunktionalität auch noch später an Bedingungen knüpfen zu können.

Im Bereich der staatlichen Beihilfen verfolgt Draghi die Linie einer strengen allgemeinen Durchsetzung, erlaubt jedoch Subventionen in bestimmten Sektoren, in denen er einen Bedarf an Produktivitätssteigerungen sieht. Bedingungen scheint er an diese Subventionen allerdings nicht zu stellen, obwohl sie zu Verzerrungen des fairen Wettbewerbs im Binnenmarkt führen können, wenn wirtschaftlich stärkere Mitgliedstaaten wie Deutschland oder Frankreich mehr Subventionen ausgeben können als beispielsweise Malta oder Belgien.

Reform und Ausbau der IPCEIs (Important Project of Common European Interest)

Draghi schlägt eine neue Kategorie, „Wettbewerbs-IPCEIs“, vor, in der staatliche Beihilfen für grenzüberschreitende Projekte, einschließlich industrieller Infrastrukturen, ermöglicht werden. Er möchte zudem ein neues „Schnellverfahren“-IPCEI für Halbleiter mit einem zentralisierten EU-Haushalt einführen. Darüber hinaus sollen die Bedingungen für die Finanzierung von Projekten erweitert werden, um nicht nur bahnbrechende Innovationen zu unterstützen – die einem anspruchsvollen „Global State of the Art“-Standard entsprechen –, sondern auch ein breiteres Innovationsverständnis zu berücksichtigen. Dies gilt, wenn das Potenzial besteht, dass Europa damit in strategischen Bereichen, in denen es zurückliegt, an die technologische Spitze springen kann und der Beihilferahmen für Forschung und Entwicklung sowie Innovation (RDI) nicht ausreicht.

Der Bericht aus EU-haushalterischer Sicht

Bedarf an Investitionslücken

Dem Bericht zufolge sind mindestens zusätzliche staatliche und private Investitionen zwischen 750 und 800 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich, um die im Bericht beschriebenen Wettbewerbsziele zu erreichen. Dies würde etwa 4,4–4,7 % des EU-BIP im Jahr 2023 entsprechen. Der Bericht betont, dass die öffentliche Unterstützung erforderlich sein wird, um private Investitionen zu mobilisieren.

Umfang des EU-Haushalts

Der Bericht unterstreicht, dass der Umfang des jährlichen EU-Haushalts zu gering ist (1 % des BIP der EU, während die Budgets der Mitgliedstaaten insgesamt bei nahezu 50 % liegen). Der geringe Umfang des Haushalts, die fehlende Priorisierung in den Programmen sowie der konservative Risikoansatz zählen zu den Gründen, die die EU-Unterstützung für private und öffentliche Investitionen einschränken. Der Bericht hebt außerdem hervor, dass im EU-Haushalt die Mittel nicht für die strategischen Prioritäten der EU bereitgestellt werden, und kritisiert, dass die MFR-Zuweisungen für den Zusammenhalt und die Gemeinsame Agrarpolitik 30,5 % bzw. 30,9 % betragen. Vor allem für Forschung und Innovation will Draghi die Investitionen mehr als verdoppeln. Das begrüßen wir Grüne.

Der Bericht hebt hervor, dass ohne die neuen Eigenmittel der EU-Haushalt aufgrund der NGEU-Schulden in Höhe von jährlich 30 Milliarden Euro ab 2028 weiter gekürzt und seine Kaufkraft verringert wird.

Struktur und Flexibilität des künftigen EU-Haushalts

Der Bericht plädiert für einen künftigen EU-Haushalt, der stärker fokussiert und effizienter sein und die private Investitionsförderung besser nutzen sollte, um das Beste aus seinem Umfang herauszuholen. Die Anzahl der EU-Haushaltsprogramme sollte neu gruppiert und reduziert werden, um eine bessere Konzentration auf größere Projekte und Prioritäten auf gesamteuropäischer Ebene zu ermöglichen und Duplikate (ähnliche Investitionsprioritäten in verschiedenen Programmen) zu verhindern. Der Haushalt sollte weniger starr sein und mehr Flexibilität für die Anpassung an neue Prioritäten ermöglichen, indem Ressourcen programmübergreifend und innerhalb von Programmen neu zugewiesen werden.

Der Bericht empfiehlt die Einrichtung einer „Säule der Wettbewerbsfähigkeit“, um die EU-Mittel auf die vereinbarten Wettbewerbsprioritäten auszurichten und die Hebelwirkung des EU-Haushalts sowie die Mobilisierung privater Investitionen durch die EU-Finanzierung zu erhöhen. Der Bericht schlägt außerdem vor, Regeln und horizontale Anforderungen (z. B. Umwelanforderungen) über Förderprogramme und EU-Finanzinstrumente hinweg zu harmonisieren, um den Verwaltungsaufwand für die Begünstigten zu verringern. Der nächste EU-Haushalt sollte den Umfang des InvestEU-Programms (auch bekannt als Garantie) erhöhen und eine Finanzierung mit höherem Risiko ermöglichen. Der Bericht schlägt vor, den Einsatz von Garantien generell deutlich auszuweiten.

Die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB)

Der Bericht schlägt vor, dass die EIB in die Lage versetzt werden sollte, mehr und größere Hochrisikoprojekte mit Schwerpunkt auf innovativen Projekten, Start-ups und Scale-ups zu übernehmen. (Dies ist eine seit langem von vielen gestellte Forderung, und die EIB hat sie noch nicht erfüllt. Der neue Präsident arbeitet daran.)

Es wird empfohlen, innerhalb der EIB eine eigene, vollständig finanzierte Eigenkapitalabteilung einzurichten und die Koordinierung mit nationalen Förderbanken zu verstärken, wobei der Schwerpunkt auf der Finanzierung innovativer und strategischer Investitionen liegt. (Etwas Ähnliches gibt es bereits im Rahmen des EIC-Fonds, daher könnte eine Ausweitung sinnvoll sein.)
Gemeinsame Ausgabe sicherer Vermögenswerte – gemeinsame Schulden

Der Bericht empfiehlt die Ausgabe eines gemeinsamen sicheren Vermögenswerts zur Finanzierung gemeinsamer Investitionsprojekte (EU-Gemeingüter) in bestimmten begrenzten Bereichen, aufbauend auf dem NGEU-Modell.

Der Bericht weist darauf hin, dass diese gemeinsamen Schuldinstrumente zur Finanzierung von

Projekten verwendet werden könnten, die die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit der EU erhöhen würden (Forschung und Innovation, Beschaffung von Verteidigungsgütern).

Governance

Der Bericht hebt außerdem das Problem der starren Entscheidungsfindung im Rat hervor und befürwortet die weitere Nutzung der Passarelle-Klauseln, um zur Entscheidungsfindung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen und, falls dies nicht möglich ist, die Optionen für verstärkte Kooperationsmethoden zu prüfen.

Bewertung aus EU-Haushalterischer Sicht

Die Empfehlung, die Ausgabe sicherer Vermögenswerte für Gemeingüter/Gemeinschaften für Investitionen in Prioritäten im Zusammenhang mit Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit zu etablieren, ist die zentrale Haushaltsbotschaft des Berichts. Dies steht eindeutig im Einklang mit unserer Forderung, die Vergemeinschaftung der Schulden auf EU-Ebene fortzusetzen.

Die Tatsache, dass der EU-Haushalt zu klein ist, um den Bedarf zu decken, wird ebenso anerkannt wie das Problem der mangelnden strategischen Ausrichtung und Doppelspurigkeiten. Es ist gut, dass der Bericht die Notwendigkeit neuer Eigenmittel und die Risiken hervorhebt, die mit der aktuellen Situation verbunden sind, in der keine neuen Eigenmittel vereinbart werden, und die Zahl von 30 Mrd. an die Öffentlichkeit bringt, von der wir schon seit Monaten hören.

Der Schwerpunkt auf der Verbesserung und Straffung der Regierungsführung ist positiv – es ist jedoch nicht klar, ob sich die Vorschläge für die Umsetzung einer Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit oder einer verstärkten Zusammenarbeit auch auf Haushaltselemente wie die Kreditaufnahme oder den Haushalt selbst auswirken sollten (der Bericht geht davon aus, dass die Beschlussfassung auf mehr Bereiche erweitert werden sollte oder sogar verallgemeinert).

Leider enthält der Bericht keine klare Aussage über die Notwendigkeit, Fortschritte bei den Eigenmitteln zu erzielen, und legt auch nicht fest, welche neuen Eigenmittel genehmigt werden sollten, außer dass er sich für die neue Kreditaufnahme für Prioritäten im Zusammenhang mit Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit ausspricht.

Der Bericht gibt auch nicht genau an, wie groß der EU-Haushalt sein sollte – er konzentriert sich darauf, die Notwendigkeit von mehr Effizienz, Ausrichtung und Reduzierung von Programmen und gemeinsamer Kreditaufnahme für bestimmte Prioritäten zu artikulieren.

Der Bericht verknüpft die Innovation, Dekarbonisierung und den Übergang zu sauberer Energie auch mit Investitionen in die Kernenergie, was wir Grüne kritisieren.

Der Bericht von Mario Draghi enthält viele gute Ansätze und auch konkrete Vorschläge zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und Industrie – aber auch zweifelhafte Maßnahmen. An einigen Stellen geht er mit der Brechstange vor, an anderen ist Draghi zu zaghaft. Die Diskussionen zu den einzelnen Sektoren und Maßnahmen werden uns die nächsten Jahre beschäftigen.

Wir dürfen nicht den Fehler machen, unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit den Verbraucherschutz und die Finanzmarktstabilität zu schwächen oder Marktmacht zu zementieren.

Nichtsdestotrotz bietet Draghis Vorschlag die Chance, Bewegung in die starre EU-Architektur zu

bekommen. EU-Parlament und Mitgliedstaaten sollten jetzt konstruktiv mit den Vorschlägen umgehen. Die Debatte ist eröffnet.

Ihnen hat das Money Matters Briefing gefallen, dann leiten oder empfehlen Sie den Newsletter weiter.
[Newsletter weiterempfehlen](#)

Kennen Sie schon unseren **neuen Podcast "Money Matters - zukunftsfähige Finanzpolitik"**? Jetzt auf [Spotify](#), [Apple Podcast](#), [Youtube](#) und überall wo es Podcasts gibt.

Sie haben Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?
[Schreiben Sie uns hier](#)



Die E-Mail kam über einen Verteiler?
Melden Sie sich mit ihrer eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

[Anmeldung Money Matters Newsletter](#)

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parliament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

[Anmeldung Europa Newsletter](#)

Copyright © 2024, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.
www.rasmus-andresen.eu

Europäisches Parlament
08 G 115
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

Web-Ansicht | Webview | Aperçu web

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.